

Lernen und Nachschlagen

Nachträge und Ergänzungen zu:

Anders/Gehle, Das Assessorexamen im Zivilrecht, 13. Auflage
München (Vahlen) 2017

www.vahlen.de (dort unter: Recht / Studium / Vahlen Referendariat/Anders-Gehle/Online-Materialien)

Um dem Konzept des Lehrbuchs gerecht zu werden, machen wir fortlaufend auf neue Entscheidungen und Veröffentlichungen aufmerksam. Die Ergänzungen sollen mit Blick auf das Examen eine zeitnahe Auswertung von Rechtsprechung und Literatur sicherstellen und zugleich die Verwendung des Lehrbuchs als Nachschlagewerk für Gerichtspraxis und Anwalt unterstützen.

Anregungen unserer Leser nehmen wir gerne entgegen. Nachträge werden nach Bedarf veröffentlicht, im Regelfall zum Quartalsbeginn. Die vorliegende Fassung umfasst die vorausgegangenen Nachträge zur 13. Auflage in vollem Umfang.

Zuschriften bitte an: Musan.Pintol@beck.de zum Betreff „Anders/Gehle“.

Stand der Bearbeitung: 31.03.2019

Rn. A-27 f.

Zur Abgrenzung von Tatsache und Rechtsansicht auch BGH MDR 2017, 839 Rn. 20.

Rn. A-34

Zu Fn. ergänze BGH NJW 2018, 2412 (sekundäre Darlegungslast bei Schmiergeldabrede).

Rn. A-77

In Fn. 111 ergänze BGH NJW 2018, 1671.

Rn. A-82

Zur Anhörung der betroffenen Partei bei Zweifeln an der Prozessfähigkeit OLG Hamm MDR 2017, 602.

Rn. A-167

Zu Fn. 321 ergänze BGH NJW-RR 2017, 763.

Rn. A-179

Ohne Kostengrundentscheidung ist ein Kostenfestsetzungsbeschluss nicht zulässig, BGH NJW 2018, 1169.

Rn. A-188

Zu Fn. 354, für Kostenteilung auch LG Köln NJW 2018, 1891.

Rn. A-195

Nach Auffassung des OLG Düsseldorf kann Sofortigkeit eines Anerkenntnisses nur mit Blick auf die Angemessenheit der Frist angenommen werden, deren Dauer sich aus dem Einzelfall ergibt, NJW 2018, 1764.

Rn. B-57

Zum Fall einer offenkundig falschen Rechtsmittelbelehrung BGH NJW 2018, 165.

Rn. B-67 ff.

Zum Hinweis nach § 139 ZPO umfassend *Nober/Ghassemi-Tabar* NJW 2017, 3265.

Rn. F-1

Vgl. den Beitrag von *Jäckel* MDR 2018, 1037.

Rn. F-3

Die vorgebrachten Tatsachen müssen naturgemäß in ihrer Gesamtheit gewürdigt und nicht auseinander gerissen werden, BGH MDR 2017, 15.

Rn. F-4

Zu Fn. 22 ergänze BGH NJW-RR 2018, 1150 Rn. 18 ff. Zur notwendigen Substantiierung auch BGH NJW 2019, 607. Als ungeeignet darf ein Beweisangebot

aus Gründen der Wahrscheinlichkeit nicht zurückgewiesen werden, BGH NJW-RR 2019, 380.

Rn. F-18

Zum Vorgehen des Gerichts, wenn sich kein Sachverständiger findet, BGH NJW 2017, 2354.

Rn. F-20

Zur Frage der Eignung des Sachverständigenbeweises BGH NJW 2018, 2803. Die Ablehnung eines Beweisantrags wegen Ungeeignetheit des Beweismittels kommt nur dann in Betracht, wenn es völlig ausgeschlossen erscheint, dass das Beweismittel zu dem Beweisthema sachdienliche Erkenntnisse erbringen kann (BGH NJW-RR 2015, 158). Insoweit ist größte Zurückhaltung geboten (NJW 2004, 767). Darüber hinaus scheidet die Ablehnung eines Beweisantrags als ungeeignet aus, wenn dadurch ein noch nicht erhobener Beweis vorab gewürdigt wird, weil dies eine unzulässige Beweisantizipation darstellt (BGH NJW-RR 2015, 158).

Rn. F-21

Die Verwertung eines in einem anderen Verfahren eingeholten Sachverständigengutachtens gem. § 411 a ZPO setzt eine Verwertungsanordnung des Gerichts voraus, zu deren Erlass oder Ausführung den Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden muss; einer Verwertungsanordnung bedarf es auch, wenn im Hauptsacheverfahren – neben den Parteien des vorangegangenen selbstständigen Beweisverfahrens – eine weitere Partei beteiligt ist, BGH NJW 2018, 1171 mAnm *Dölling* NJW 2018, 2092. Zu Fn. 77 ergänze OLG Frankfurt a.M. NJW-RR 2017, 982.

Rn. F-26

Zu Fn. 91 ergänze BGH MDR 2017, 1320 = NJW-RR 2017, 1144; NJW 2018, 3097. Die strenge Linie des BGH wird auch aus BGH NJW 2017, 3450 ersichtlich. Ein bereits im selbstständigen Beweisverfahren gestellter – und bisher unerledigt gebliebener – Antrag auf mündliche Anhörung des Sachverständigen wirkt im Hauptsacheverfahren grundsätzlich fort, BGH NJW 2018, 1171.

Rn. F-31

Einen weiteren Schritt zur Klärung des Problems leistet OLG Nürnberg NJW 2017, 3597.

Rn. F-35

Zu Fn. 116 ergänze BGH NJW 2017, 2285 betr. den Beweis der Unrichtigkeit eines gerichtlichen Eingangsstempels. Zum Charakter der Zustellungsurkunde als öffentliche Urkunde und zur Indizwirkung für die Empfangsvollmacht eines Bediensteten, der die Sendung entgegennimmt BGH MDR 2018, 1398.

Rn. F-38

Bezieht sich der Anspruchsteller zur Begründung seiner Klage auf ein strafgerichtliches Urteil, durch das der Anspruchsgegner zu einer Strafe verurteilt worden ist, so setzt ein wirksames Bestreiten des Anspruchsgegners nicht voraus, dass er den vom Anspruchsteller in Bezug genommenen strafgerichtlichen Feststellungen einen spiegelbildlichen, in gleicher Weise geschlossenen Entwurf des Gesamtgeschehens entgegensetzt. Vielmehr kann er auch in diesem Fall einzelne, den vom Anspruchsteller geltend gemachten Anspruch tragende Behauptungen bzw. Feststellungen herausgreifen und diese bestreiten.

Der Tatrichter ist nicht daran gehindert, seine Überzeugung im Sinne von § 286 ZPO auf das Verhalten und die Äußerungen einer Partei im vorangegangenen Strafverfahren und die dort getroffenen Feststellungen selbst zu stützen. Auch in diesem Falle ist er allerdings nicht berechtigt, von der Erhebung erheblicher, gegenbeweislich angebotener Beweise abzusehen (BGH NJW-RR 2004, 1001; 2018, 1534).

Rn. F-39

Der BGH hat auch Zweifel am Beweiswert des Sendeberichts einer Internetveröffentlichung, MDR 2017, 1268.

Rn. F-52

Zu Fn. 190 ergänze KG NJW 2018, 239 mit eingehenden Erwägungen zur Abgrenzung von Parteianhörung und Parteivernehmung sowie zur Verwertung von Ergebnissen der Parteianhörung in der Beweiswürdigung.

Rn. F-53

Auch hierzu vgl. KG NJW 2018, 239. Zur Parteianhörung einer nicht der deutschen Sprache mächtigen Partei ist von Amts wegen ein Dolmetscher hinzuzuziehen (BGH MDR 2018, 689).

Rn. F-59

Zur Wiedereinsetzung vgl. *Bernau* NJW 2017, 2001.

Rn. F-64

Zwischen den Beteiligten des selbstständigen Beweisverfahrens wirkt die in diesem Rahmen vorgezogene Beweisaufnahme wie eine unmittelbar im anschließenden Hauptsacheverfahren selbst durchgeführte Beweiserhebung; die Beweiserhebung des selbstständigen Beweisverfahrens wird deshalb im Hauptsacheprozess verwertet, als sei sie vor dem Prozessgericht selbst erfolgt, BGH NJW 2018, 1171.

Rn. F-67

Zu Fn. 238 ergänze OLG Saarbrücken NJW-RR 2017, 573 und BGH MDR 2017, 602.

Rn. F-68

Zu Fn. 254 ergänze BGH MDR 2018, 59 = NJW 2018, 402. Die Erhebung des materiell-rechtlichen Kostenerstattungsanspruchs setzt voraus, dass ein Hauptsacheverfahren nicht stattfindet und ein Antrag nach § 494a I ZPO nicht gestellt ist.

Rn. F-81

Zum Beweiswert von Angaben eines Unfallteilnehmers zu Protokoll des aufnehmenden Polizeibeamten vgl. KG MDR 2018, 339. Zugleich findet sich hier ein gutes Beispiel für das Verhältnis von Urkundenbeweis und freier Beweiswürdigung.

Rn. F-83

Zur (hohen) Bedeutung der Parteiangaben für die Wahrheitsfindung nach § 286 ZPO BGH NJW-RR 2018, 249 mAnm Greger MDR 2018, 328. Zu Angaben eines Unfallbeteiligten gegenüber der Polizei am Unfallort *Laumen* MDR 2018, 581.

Rn. F-103

Zu Fn. 330 ergänze OLG Hamm NJW-RR 2017, 601; OLG Schleswig NJW-RR 2017, 731. Unter umfänglicher Zusammenfassung des aktuellen Stands von Rechtsprechung und Literatur *Laumen* MDR 2018, 1153.

Rn. F-115

Zu Fn. 374 ergänze BGH MDR 2017, 147 (Anschein gegen Rückwärtsfahrenden) und OLG Karlsruhe NJW 2017, 2626 (Auffahrunfall). Zu atypischem Verlauf BGH MDR 2017, 333.

Rn. F-119

Zur Ursächlichkeit der Verletzung einer Verkehrssicherungspflicht:

„Wer eine besondere Berufs- oder Organisationspflicht, andere vor Gefahren für Leben und Gesundheit zu bewahren, grob vernachlässigt hat, muss die Nichtursächlichkeit festgestellter Fehler beweisen, die allgemein als geeignet anzusehen sind, einen Schaden nach Art des eingetretenen herbeizuführen. Dies gilt auch im Falle einer grob fahrlässigen Verletzung der Verpflichtung zur Überwachung eines Schwimmbadbetriebs“ (BGH MDR 2018, 88 mAnm *Laumen* MDR 2018, 256).

Rn. F-124a

Zu Fn. 441 ergänze den die Lage gut erläuternden Gedankengang in OLG Celle WM 2017, 1052 Rn. 58.

Rn. F- 125

Zum Verlust der Vermutung bei § 476 BGB im Falle der Beweisvereitelung OLG Koblenz NJW-RR 2018, 1323.

Rn. F-134

Zum Rückgriff auf Beweislastgrundsätze als ultima ratio BGH BeckRS 2019, 3733, weitere Fundstellen im nächsten Nachtrag.

Rn. F-143

Zum Hausnotrufvertrag BGH NJW 2017, 2108. Zur Beweislastumkehr bei grober Pflichtverletzung BGH MDR 2018, 88. *Koch/Rupp* NJW 2018, 267; zum selben Thema BGH NJW 2018, 301. Ergänze auch OLG Koblenz MDR 2018, 995 (Apotheker). Zu dieser Frage auch *Laumen* MDR 2017, 797.

Rn. F-147

Zu Beweiserleichterungen beim Nachschlüsseldiebstahl vgl. OLG Dresden NJW-RR 2018, 1122.

Rn. F-150

Zu Fn. 532 ergänze OLG Stuttgart MDR 2017, 1322 mAnm *Laumen* MDR 2017, 1409.

Rn. F-156

Einschlägig ist § 253 II Nr. 2 ZPO, nicht (die nicht existente) Nr. 3. Zu den Bestimmtheitsanforderungen an den Klageantrag allgemein BGH NJW 2018, 1671.

Rn. G-4

Eine Klage auf Zahlung Zug um Zug gegen Zahlung einer vom Kläger zu erbringenden Geldleistung hat die Erklärung einer Aufrechnung zum Inhalt, BGH NJW 2017, 2102.

Rn. G-4a

Zur Herleitung eines vertraglichen Aufrechnungsverbots durch Auslegung des Vertrags vgl. BGH NJW 2017, 3437.

Das OLG Düsseldorf, NJW-RR 2017, 661, verneint die Zulässigkeit der Aufrechnung mit Ansprüchen aus einem Kostenfestsetzungsbeschluss erster Instanz in der Berufung.

Das zweite Zitat in Fn. 24 ist zu lesen: BGH NJW-RR 1987, 1196 Ziff. I. 3.

Rn. G-7

Ein Vorbehaltsurteil kann bei Geltendmachung eines Zurückbehaltungsrechts oder Leistungsverweigerungsrechten nicht ergehen, OLG München MDR 2018, 110. Ergänze diese Entscheidung auch zu Fn. 46.

Rn. G-11

Zur Annahme eines Aufrechnungsverbotes als Ergebnis einer Vertragsauslegung BGH MDR 2017, 1295 (Sicherheitseinbehalt).

Rn. G-16

Zur Ausdeutung einer Aufrechnung als Hilfsaufrechnung vgl. BGH NJW 2018, 2269 Rn. 16 ff.

Rn. H-7

Die Überzeugung, ein Ablehnungsgesuch sei fehlerhaft zurückgewiesen worden, entschuldigt nicht (BGH NJW 2018, 3252).

Rn. I-4

Zu Fn. 8 ergänze BGH MDR 2017, 14 (Klageerweiterung).

Rn. I-5

Der Anspruch auf rechtliches Gehör wird verletzt, wenn die vor Erlass einer Entscheidung vom Gericht gesetzte Frist zur Äußerung objektiv nicht ausreicht, um innerhalb der Frist eine sachlich fundierte Äußerung zum entscheidungserheblichen Sachverhalt und zur Rechtslage zu erbringen (BGH MDR 2018, 1014).

Rn. J-3

Zum Streitgegenstand bei Prospekthaftungsansprüchen BGH NJW 2018, 1259. Eine kurze Zusammenfassung findet sich auch in BGH NJW-RR 2019, 246. Zur Identität des Streitgegenstands bei einer Klage auf Vorschussleistung wegen Mängelbeseitigungskosten und Klage auf Leistung von Schadensersatz wegen eben dieser Kosten BGH NZBau 2018, 201.

Rn. J-4

Zur Abgrenzung der Rechtskraftwirkungen von der Vorfrage BGH NJW 2017, 3438; BGH NJW 2018, 235. Zum Grundbuchberichtigungsanspruch vgl. BGH NJW 2019, 71.

Rn. J-7

Bei bloßer Änderung der Schadensberechnung (Übergang vom negativen auf das positive Interesse) liegt keine Änderung des Streitgegenstandes vor (BGH NJW 2017, 2673 mAnm *Schultzky* MDR 2017, 1169). Ansprüche aus Kaufvertrag und aus daneben abgeschlossenem Garantievertrag sind zwei Streitgegenstände, BGH NJW 2018, 387.

Rn. K-5

Zur Zulässigkeit eines (abweisenden) Teilurteils über den Hauptantrag BGH MDR 2017, 1204 = NJW-RR 2017, 1197. Aussetzung oder Ruhen des Verfahrens bis zur Rechtskraft des Teilurteils reichen zur Behebung der Divergenzgefahr nicht aus.

Rn. K-20

Nach BGH NJW-RR 2017, 1341 (mAnm *Elzer* MDR 2017, 1043) berührt mangelnde Abgrenzung in der Berufung nicht deren Zulässigkeit, sondern nur diejenige der Klage, so dass der Mangel auch nach Ablauf der Berufungsbegründungsfrist noch geheilt werden kann. Zur hinreichenden Bestimmtheit einer Saldoklage im Mietstreit vgl. BGH NJW 2018, 3448 und 3457, WuM 2019, 160.

Rn. K-21

Ein mangelhaft abgegrenzter Teilantrag kann auf gebotenen Hinweis des Berufungsgerichts zulässig auch dergestalt berichtigt werden, dass der Kläger einen Hilfsantrag stellt (BGH NJW 2016, 2508 mAnm *Dörr* MDR 2017, 1113). Ein für den Beklagten erkennbarer Schreibfehler im Mahnbescheid, aufgrund dessen die Abgrenzung von Teilbeträgen unklar wird, steht der Hemmung der Verjährung nicht entgegen (BGH MDR 2018, 1270).

Rn. K-24

Zum Thema der Unwirksamkeit von Verweisungsbeschlüssen *Fischer MDR 2018*, 646.

Rn. L-5a, b

Der BGH (NJW 2018, 786) hat die bedeutsame Frage beantwortet, auf welche Weise das Wahlrecht des Gläubigers aus § 281 IV BGB im Urteilstenor bzw. in den Entscheidungsgründen Berücksichtigung finden muss. Da das Wahlrecht im Rechtsstreit nach dem Willen des Gläubigers nicht mit Fristablauf erlöschen muss, sondern über den Fristablauf hinaus erhalten bleiben kann und auch in diesem Falle der Anspruch auf die Primärleistung erst nach der Ausübung des Wahlrechts erlischt, muss eine entsprechende Klarstellung – vorrangig – im Tenor, jedenfalls aber in den Entscheidungsgründen erfolgen. Stellt der Gläubiger den Leistungsantrag für den Fall fruchtlosen Fristablaufs ohne Äußerung zur Ausübung des Wahlrechts und ergeht hierauf antragsgemäß ein Urteil, erlischt das Wahlrecht mit Fristablauf, indes muss das Gericht durch Hinweis auf Klarstellung drängen. Will der Gläubiger das Wahlrecht über den Fristablauf hinaus erhalten, sollte der Antrag formuliert werden:

1. Der Beklagte wird verurteilt,
an den Kläger die (näher bezeichnete Sache) herauszugeben.
2. Dem Beklagten wird zur Erfüllung der Herausgabepflicht eine (in das Ermessen des Gerichts gestellte) Frist (von ...) ab Rechtskraft des Urteils gesetzt.
3. Für den Fall fruchtlosen Fristablaufs wird der Beklagte nach der noch vorzunehmenden Wahl des Klägers verurteilt, an diesen ... zu zahlen.

Eine Klarstellung über den Erhalt oder den Untergang des Wahlrechts in den Entscheidungsgründen mag zwar ausreichen, da aber in der Zwangsvollstreckung meist eine vollstreckbare Ausfertigung nach §§ 724 I, 317 II 3 ZPO ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe verwendet wird, liegt hierin der weniger effektive und zugleich konfliktträchtigere Weg.

Rn. M-2

Am Ende heißt es richtig: § 301 I 1 (nicht: 303 I 1).

Rn. M-3

Die Notwendigkeit einer getrennten Betrachtung von Klage und Widerklage zeigt sich auch bei der Nebenintervention, deren Zulässigkeit für beide gesondert zu prüfen ist (BGH MDR 2018, 1266).

Rn. N-5

Vor dem Hauptanspruch kann der Auskunftsanspruch nicht verjähren, BGH NJW 2017, 2755. Bei einem auf Treu und Glauben gestützten Auskunftsbegehren muss der Anspruchsberechtigte zunächst alle ihm zumutbaren Anstrengungen unternehmen, die Auskunft auf andere Weise zu erlangen (BGH MDR 2018, 163; NJW 2018, 2629).

Fn. 16 lies: „BGH NJW 2014, 155; 2015, 1525; OLG Hamm ...“

Rn. N-11

Bei unanfechtbarer Abweisung einer Widerklage durch das Gericht der höheren Instanz kann die Divergenzgefahr in Bezug auf die noch nicht beschiedene Klage entfallen, BGH NZG 2016, 838.

Zur Zulässigkeit eines (abweisenden) Teilurteils über den Hauptantrag BGH MDR 2017, 1204 = NJW-RR 2017, 1197. Aussetzung oder Ruhen des Verfahrens bis zur Rechtskraft des Teilurteils reichen zur Behebung der Divergenzgefahr nicht aus.

Wird eine Amtshaftungsklage wegen desselben Schadens mit der Klage gegen einen Dritten verbunden und ist die Frage, ob diesen eine Ersatzpflicht trifft, noch nicht entscheidungsreif, darf die Amtshaftungsklage nicht mit dem Hinweis auf die noch nicht geklärte Ersatzpflicht des (einfachen) Streitgenossen durch Teilurteil abgewiesen werden, weil die Entscheidung hierüber für den durch Teilurteil entschiedenen Amtshaftungsanspruch präjudiziell ist (BGH NJW 2018, 623).

Rn. N-12

Zu der Frage, ob der Charakter eines Grund- und Teilurteils aus dem Urteil hinreichend klar hervorgeht vgl. BGH NJW 2018, 621. Zu den komplexen Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Erlass eines Grund- und Teilurteils ergeben können, vgl. die anschauliche Entscheidung des OLG Brandenburg NJW 2017, 2565 sowie betr. einen neben dem Leistungsantrag gestellten Feststellungsantrag OLG München NJW 2018, 1327.

Rn. N-29a

Ergänze BGH MDR 2017, 1185.

Rn. O-10

Zur Feststellung eines Urteils bei unklarer und streitiger Reichweite des Tenors BGH NJW 2018, 235.

Rn. O-12

Das Feststellungsinteresse ist auch in der Revision noch von Amts wegen zu prüfen. Das Berufungsgericht kann diese Pflicht nicht durch begrenzte Zulassung der Revision einschränken, BGH NJW 2018, 227. Vgl. auch BGH NJW 2019, 1002.

Rn. O-14

Zu Fn. 50 auch BGH MDR 2018, 1174 (großzügige Betrachtung).

Rn. O-15

Zu Fn. 64 ergänze BGH NJW-RR 2017, 815. Zum Vorrang der Leistungsklage vgl. auch BGH NJW 2018, 1387 und *Adam* ZIP 2018, 2402.

Rn. O-17

Zu Fn. 70 ergänze BGH NJW 2017, 1823, Rn. 41; 2018, 227 Rn. 16. Hat das Berufungsgericht die Zulässigkeit der Feststellungsklage bejaht, kann die Klage in der Revisionsinstanz bei fehlendem Feststellungsinteresse als unbegründet abgewiesen werden.

Rn. O-25

Zur nicht einfachen Abgrenzung der positiven Feststellungsklage betr. das Bestehen eines Rückgewährschuldverhältnisses von der negativen Feststellungsklage betr. die Verneinung von Ansprüchen aus einem Darlehensvertrag vgl. BGH NJW 2017, 1823 und 2340.

Rn. O-26

Eine bedeutsame Klarstellung zum rechtlichen Interesse an der negativen Feststellungsklage enthält BGH NJW 2019, 520: Das bloße Betreiben eines selbständigen Beweisverfahrens stellt noch kein Berühren eines Anspruchs dar.

Rn. O-30

Zu Fn. 109 ergänze BGH ZIP 2017, 2295 (Vorgreiflichkeit in Bezug auf das Rechtsverhältnis eines Dritten).

Rn. P-1

Aus der jüngeren Ausbildungsliteratur vgl. *Becker* JuS 2018, 1050; *Klawonn/Rohner* JuS 2019, 22.

Rn. P-19

Zu Fn. 70 ergänze OLG Saarbrücken NJW-RR 2017, 697. Zur Fn. 75 ergänze OLG Köln NJW 2017, 2922 (Erledigung durch Verjährungseinrede) mAnm *Schneider* NJW 2017, 2874. Zur vorwerfbar verspäteten Verjährungseinrede OLG Dresden MDR 2018, 1215.

Rn. P-26

Schreibfehler! Es muss 200 EUR heißen, anstelle von 100 EUR.

Rn. P-33

Werden sofortige Beschwerde und Berufung eingelegt, sind die Verfahren zu verbinden (OLG Stuttgart NJW-RR 2018, 1276).

Rn. P-46

Eingehend zur Verjährungseinrede als erledigendes Ereignis *Schneider* NJW 2017, 2874; *Brießmann* NJW 2018, 2988. Den Stand der Rechtsprechung zusammenfassend BGH ZIP 2018, 802. Zur Kostenbelastung nach § 91a ZPO bei vorwerfbar später Verjährungseinrede OLG Dresden MDR 2018, 1215; für Kostenbelastung des Klägers OLG Köln NJW 2017, 2922.

Rn. P-52

Zur differenzierten und nicht ganz einfachen Rechtsprechung des BGH betreffend den Rechtsmittelstreitwert bei streitiger Teilerledigung vgl. BGH NJW-RR 93, 765; 96, 1210; 05, 1728; MDR 2018, 301.

Rn. Q-26

Als Vorbehalt (vgl. letztes Beispiel S. 481 unten, 482 oben) kann nach Ansicht des OLG Frankfurt a.M. der reine Abweisungsantrag ausreichen, MDR 2018, 1339.

Rn. R-24

Weiteres Beispiel ist die nachträgliche Einreichung einer aktuellen Eigentümerliste im Rechtsstreit gegen die WEG, BGH NZM 2011, 782.

Rn. R-30

Zu Fn. 108 ergänze BGH MDR 2017, 359 mit besonderer Betonung prozessökonomischer Gesichtspunkte.

Rn. R-32

Zu Fn. 132, 133 ergänze BGH NJW-RR 2016, 1150.

Rn. R-39

Zu Fn. 164 ff. beachte BGH WM 2018, 1103 = MDR 2018, 817 = NJW-RR 2018, 1023. Die Feststellung der Erledigung des Rechtsstreits durch Vergleich ergeht von Amts wegen, ohne Rücksicht auf Sachanträge der Parteien. In der Entscheidung wird der Standpunkt des BGH zur Natur des Prozessvergleichs zusammenfassend dargestellt. Außerdem wird die Frage behandelt, unter welchen Voraussetzungen die Parteien eine im Vergleich vereinbarte Widerrufsfrist verlängern bzw. einen nicht vereinbarten Widerruf nachträglich einbeziehen können.

Rn. S-5

Zum Begriff des neuen Vorbringens im Sinne von § 532 II ZPO vgl. BGH NJW 2017, 2288.

Rn. S-13

Zu Fn. 39 ergänze BGH NJW-RR 2018, 651. Zu Fn. 44 ergänze BGH MDR 2017, 16.

Rn. S-14

Zur Notwendigkeit erneuter Parteianhörung BVerfG NJW 2017, 3218 und BGH NJW 2018, 308; NJW 2018, 2334. Zur Nachholung des Sachverständigenbeweises BGH MDR 2017, 963 mAnm *Bacher* MDR 2017, 1230. Zur Notwendigkeit erneuter Zeugenvernehmung bei abweichender Würdigung BGH NJW-RR 2017, 1101; MDR 2018, 53.

Rn. S-18/23

Grundlegend zur Abgrenzung von § 531 I und § 531 II ZPO im Anwendungsbereich des § 296a ZPO vgl. BGH NJW 2018, 1686.

Rn. S-20

Zum Eintritt neuer Tatsachen BGH NJW 2019, 80.

Rn. S-46

Zum Empfangsbekenntnis in der Berufungsschrift BGH NJW-RR 2018, 60.

Rn. S-53

Zur Abgrenzung von Unzulässigkeit der Klage und Unzulässigkeit der Berufung bei unzulänglicher Abgrenzung von Teilforderungen BGH NJW-RR 2017, 1341. Mangelnde Abgrenzung in der Berufung berührt nicht deren Zulässigkeit, sondern nur diejenige der Klage, so dass der Mangel auch nach Ablauf der Berufungsbegründungsfrist noch geheilt werden kann.

Rn. S-55

Die Rechtsmittelbegründung muss geeignet sein, die gesamte angefochtene Entscheidung in Frage zu stellen. Bei mehreren Streitgegenständen oder einem teilbaren Streitgegenstand muss sie sich grundsätzlich auf alle Teile der angefochtenen Entscheidung erstrecken, hinsichtlich derer eine Abänderung beantragt ist; andernfalls ist das Rechtsmittel für den nicht begründeten Teil unzulässig (BGH MDR 2018, 170; im Anschluss an BGH NJW 2015, 3040 mAnm *Conrad* MDR 2018, 389).

Rn. S-56

In BGH NJW 2018, 2269 Rn. 20 wird unserer Auffassung nach die in Fn. 267 zitierte Ansicht des OLG Köln recht deutlich abgelehnt.

Rn. S-67

Zu Fn. 342 ergänze BGH MDR 2017, 50 (Klageerweiterung) mAnm *Bacher* MDR 2017, 196. Das Verfahren nach § 522 II ZPO setzt eine Berufungserwiderung nicht voraus (BGH MDR 2018, 223). Ein Beschluss nach § 522 II ZPO kann auch dann ergehen, wenn der Prozessbevollmächtigte des Berufungsklägers vor Ablauf der ihm zur Stellungnahme gesetzten Frist das Mandat niederlegt (OLG Köln MDR 2018, 696 mAnm *Alpes* MDR 2018, 851). In BGH NJW 2018, 2269 Rn. 20 wird unserer Auffassung nach die in Fn. 330 zitierte Ansicht des OLG Köln recht deutlich abgelehnt. Zur Begründung des Beschlusses und zur Bezugnahme auf den Hinweis vgl. BGH NJW-RR 2018, 1087.

Rn. S-68

Zu den Mindestanforderungen an die Begründung des Berufungsurteils BGH NJW 2017, 3449.

Rn. S-72

Das Berufungsgericht kann durch Teilzulassung der Revision die Prüfungskompetenz des Revisionsgerichts nicht einschränken, soweit Prozessvoraussetzungen von Amts wegen zu prüfen sind, BGH NJW 2018, 1683.

Rn. S-73

Zu Fn. 382 ergänze BGH NJW-RR 2017, 531: Für eine Zurückverweisung durch das Berufungsgericht § 538 II 1 Nr. ZPO genügt es **nicht**, dass den Parteien Gelegenheit zu weiterem Vortrag zu geben ist und **danach** möglicherweise eine umfangreiche oder aufwendige Beweisaufnahme erforderlich wird (Anschl. an BGH NJW-RR 2013,

1013; 2016, 2274). Bei der Entscheidung über die Zurückverweisung ist auch zu berücksichtigen, dass die Sache zuvor schon einmal an das Gericht des ersten Rechtszuges zurückverwiesen worden war (BGH NZG 2018, 950).

Rn. T-1

Vgl. *Mantz* NJW 2019, 953.

Rn. U-1

Zu Fn. 1 ergänze *Nugel* NJW 2018, 2941.